

Sicherheitslage

Die Situation im Lande scheint ruhiger als zu Beginn der aktuellen politischen Krise im Jahr 2015. Die Reisefreiheit ist tagsüber gegeben und das Stadtleben in Bujumbura ist lebendiger als vor zwei Jahren. Allerdings geschehen viele Menschenrechtsverletzungen und staatliche Repressionen subtiler und versteckter. Die staatliche Kontrolle ist in allen gesellschaftlichen Bereichen vorhanden und auch aufgrund der regierungsnahen Jugendmiliz Imbonerakure im gesamten Land omnipräsent. Imbonerakure ist zu einer Institution geworden. Sie dienen auch dazu, unliebsame Mitbürger einzuschüchtern und bei privaten Konflikten als Auftragsgeber Vergeltung zu üben.

Ein Klima des gegenseitigen Misstrauens und der Angst nicht nur innerhalb der Bevölkerung sondern auch auf politischer Ebene herrscht vor. Bewaffnete Konvois von Politikern gehören zum Stadtbild Bujumburas. Präsident Nkurunziza zeigt sich unter hohen Sicherheitsvorkehrungen zwar wieder häufiger in Öffentlichkeit, bewegt sich seit zwei Jahren fast ausschließlich nur innerhalb des Landes. Die einflussreichsten Männer um den Präsidenten sind der Polizeichef und Sicherheitsminister Alain Bunyoni, der Chef des Geheimdienstes Etienne Ntakarutimana alias Steve sowie der Generalmajor der Armee Prime Niyongabo. Aber auch hier herrscht gegenseitiges Misstrauen vor allem zwischen den Lagern des Sicherheitsministers Bunyoni und des Präsident Nkurunziza. Lokale Quellen sprechen von der Existenz zweier separater Geheimdienste in Burundi.

Besonders alarmierend sind die Fälle von Verschwindenlassen und willkürlichen Verhaftungen, welche fast täglich vorkommen und viele Familien und Gemeinschaften betreffen. Menschenrechtorganisationen prangern zudem die Zunahme von Folter in staatlichen Einrichtungen an. Besonders männliche junge Männer geraten als mögliche potentielle Kritiker der Regierung in deren Fokus. Einrichtungen für Jugendliche und Kinder sprechen von einem enormen Anstieg traumatisierter Minderjähriger. Alleine 2017 zählte das Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen bis Mai 2017 über 100 getötete Personen und registrierte über 50 Fälle von verschwundenen Personen. Aufgrund der grassierenden Straflosigkeit und der fehlenden juristischen Aufarbeitung sind diese Fälle nicht nur politisch motiviert, sondern dienen auch der Interessensdurchsetzung und des Revanchierens von empfundener Benachteiligung z.B. bei Vergaben von Arbeitsplätzen, Aufträgen etc. Dieses Klima der Straflosigkeit bietet ein gelungenes Umfeld für Eigenjustiz und sorgt für extreme Unsicherheit in der Bevölkerung. Die Krise hat sich verfestigt und droht in einem jahrlanganhaltenden Stadium zu stagnieren. Seit einigen Monaten ist zudem eine Zunahme der Granatenangriffe landesweit zu verzeichnen.

Politische Situation

Über das umstrittene dritte Mandat des Präsidenten wird kaum noch gesprochen. Die Regierung und die Medien lancieren die nächsten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2020. Zudem hat Nkurunziza eine Kommission zur Revision der Verfassung eingesetzt, die von Mai - Oktober 2017 tagt und anschließend ihre Ergebnisse vorstellt. Die katholische Kirche hat ihre Teilnahme an der Kommission abgelehnt. Kritiker warnen vor einer Aufhebung der Mandatsbeschränkungen und weiteren Aushebungen der Errungenschaften des Arusha-Abkommens, welche in die Verfassung aufgenommen wurden.

Die Opposition ist kaum präsent, enorm geschwächt und lähmt sich zum Teil durch interne Flügelkämpfe selbst. Die amtierende Regierung hat im April 2017 die Aktivitäten der einstmals sehr populären Oppositionspartei Movement for Solidarity and Democracy (MSD) verboten und ihre Büros für sechs Monate schließen lassen. Ihre Anhänger werden politisch verfolgt. Auch andere Oppositionsparteien bieten keine Alternative zu der Regierung und können keine Wahlkämpfe abhalten.

Unklar ist das Vorgehen und der Einfluss der früheren stärksten Oppositionspartei und jetzigen Mitregierungspartei Forces Nationale de Libération (FNL). Deren Präsident Agathon Rwasa hat die Position des 2. Vizepräsidenten der Regierung inne und genießt immer noch einen großen Rückhalt innerhalb der Bevölkerung. Machtpolitisch gesehen soll er weniger Einfluss haben und durch die Vergabe des Postens als Vizepräsidenten unter der Kontrolle der Regierung stehen.

Drei Szenarien sind für Burundi möglich. Das erste und durchaus realistischste hält den Status Quo. Die Wahlen werden vorbereitet und an der Machtkonstellation ändert sich nichts. Beim zweiten Szenario nehmen Angriffe militanter Oppositionsgruppen zu und greifen wichtige Personen sowohl der Regierung wie auch den Präsidenten tödlich an. Als drittes Szenario wäre die Zunahme der Spannungen innerhalb der Regierung auszumalen. Der Generalstabschef stellt sich auf Seiten der Armee gegen den Präsidenten und es kommt zu einem Putsch der Regierung.

Internationales Agieren

Die EU hält an der Suspendierung der regierungsnahen Gelder fest. Solange die burundische Regierung gewisse Standards im Bereich der Respektierung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit nicht einhält und sich jeglichen VN-Beschlüssen verweigert gibt es laut Auskunft der deutschen Botschaft keine neuen Regierungsverhandlungen zwischen EU und der Regierung. Einige EZ-Projekte laufen Ende des Jahres aus.

Die burundische Regierung hat bislang kein neues Abkommen mit den Vereinten Nationen (VN) über deren Menschenrechtsbüro in Bujumbura abgeschlossen. Im Oktober 2016 wurde der Vertrag mit der VN suspendiert, allerdings konnte eine reduzierte Anzahl von Mitarbeitern im Land bleiben, die im Bereich des Menschenrechts-Monitoring unter erschwerten Bedingungen arbeiten.

Die burundische Regierung wird als sehr prozierend charakterisiert, die jegliche Vermittlungsangebote abweist und sich gegen die VN-Beschlüsse ausspricht und Delegationen Zutritt verwehrt. Die strategisch wichtigen Nachbarländer Tansania und Kenia nehmen verstärkt Positionen für die burundische Regierung ein und forderten Ende Mai beim EAC (East African Community)-Gipfel die EU auf, die Suspendierung der Gelder für Burundi aufzuheben.

Burundi befindet sich in einer politische Blockade, da zwar Dialoge zwischen Regierung und der Opposition im Exil benötigt und gefordert werden, aber aufgrund des fehlenden politischen Willens seitens der burundischen Regierung bislang nicht umsetzbar waren.

Die USA zieht sich nach den letzten US-Wahlen als wichtiger internationaler Akteur aus den diplomatischen Gesprächen zurück. Dahingegen gewinnt China als Handelspartner Einfluss. Im Mai 2017 besuchte der chinesische Vizepräsident Li Yuanchao für drei Tage Burundi. Der Besuch diente dazu, die neue Kooperation zwischen den beiden Ländern zu festigen, Verträge abzuschließen und der burundischen Regierung Staatshilfen in Höhe von 30 Mio. US\$ sowie Lebensmittelhilfen zuzusagen. China finanziert zudem den neuen Präsidentenpalast mit. China ist im Sicherheitsrat der VN prominenter Blockierer von Beschlüssen, die sich gegen die burundische Regierung richten. Auch Russland gewinnt als neuer Handelspartner an Einfluss und einige burundische Politiker sollen Konten in Russland eröffnet haben.

Positiv zu bewerten ist der Beschluss des VN-Sicherheitsrates vom 5. Mai 2017 zur Ernennung Michel Kafando zum Sondergesandten für Burundi. Er soll die VN-Beschlüsse politisch hofieren, um den politischen Prozess zu befördern und die EAC-Mediation für den interburundischen Dialog unterstützen.

Sozio-ökonomische Situation

Die Sanktionen, vor allem die Suspendierung der bilateralen Regierungsgelder der Europäischen Union laut Cotonou-Abkommen Artikel 96, gepaart mit wirtschaftlichem Missmanagement seitens der burundischen Politik beeinträchtigen verstärkt das wirtschaftliche und soziale Leben. Seit einigen Monaten verfügt Burundi offiziell über keine Devisen mehr, was unter andere zu einer drastischen Benzinknappheit geführt hat. Aktuell soll es nur noch einen Benzinimporteur aus Tansania nach Burundi geben. Viele Busse, Autos, LKWs stehen am Straßenrand, die Busbahnhöfe in der Hauptstadt Bujumbura sind von Menschentrauben zu den Hauptstoßzeiten frequentiert. Die Benzinknappheit schränkt das soziale und wirtschaftliche Leben enorm ein. Neben fehlenden Devisen kommt es zu einer Knappheit des Bargelds. Die Banken zahlen nur noch bis zu 500 000 Burundische Francs in bar aus. Parallel dazu legt der Staat absurde Reformen auf, wie ein kostenloses allgemeines 8-jähriges Schulsystem in vier Sprachen für alle, was angesichts der leeren Staatskassen nicht finanzierbar ist.

Organisationen berichten von einer Zunahme der Geburtenrate sowie einem Anstieg der Schwangerschaftsrate unter den Minderjährigen. Alarmierend sei auch der Anstieg der HIV-Rate unter Kindern. Über 60% der Bevölkerung sind Jugendliche, denen kaum berufliche Perspektiven geboten werden.

Die Bevölkerung ist laut vieler Gesprächspartner am Ende ihrer Toleranzgrenze angekommen. Ebenso nimmt der innere Druck im Sicherheitsbereich zu, da zum Teil Polizisten und Soldaten nicht mehr bezahlt werden und somit auch ihre Familie Leidtragende des Konfliktes werden. So soll nur noch an Regierungsmitgliedern und Parlamentariern regelmäßig Gehälter ausbezahlt werden. Der sich früher sehr volksnah gebende Präsident Nkurunziza verliert zunehmend an Unterstützung seitens der ruralen Bevölkerung, die lange eine profunde Basis für ihn darstellten.

Medien und Zivilgesellschaft

Die burundische Regierung hat mächtig in die Medienlandschaft investiert und fördert seit 2016 eine neue Medienplattform namens Ikihiro News. Diese Plattform wird als sehr regierungsnah beschrie-

ben, ist sehr gut informiert und finanziert. Internationale Diplomaten haben sich äußerst positiv zu der Plattform geäußert.

Umso schwerer haben es unabhängige Medien. Burundis Medienlandschaft wurde nach dem missglückten Putschversuch im Mai 2015 fast komplett zerstört. Die einzig staatlich unabhängige Tageszeitung IWACU veröffentlicht täglich politisch unabhängige Reportagen und bewegt sich auf einem schmalen Grat. Ihr Reporter Jean Bigirimana gilt seit einem Jahr als vermisst. Dem burundischen Kommunikationsministerium dient IWACU auch dazu, zu belegen, dass es noch unabhängige Berichterstattung im Land gibt. Zwar eröffneten neue Radiostationen, allerdings berichten diese entweder sehr regierungsnah oder haben einen religiösen Inhalt. Die wenigsten Radiostationen senden politische oder gesellschaftliche Reportagen, überwiegend strahlen sie Sportsendungen aus oder spielen Musik. Das Radio als Informationsmedium hat enorm an Einfluss und als Möglichkeit der diversitären Bildung verloren. Der 2015 zerstörte Radiosender Isanganiro darf seit einiger Zeit wieder senden, kämpft mit vielen Schwierigkeiten und bewegt sich oft an der roten Linie. Die rote Linie sind Berichte über die innere Sicherheit, über die Fälle von Verschwindenlassen und über den Zugang zu natürlichen Ressourcen und Verteilung von Reichtum. Der Radiosender Bonesha durfte nur unter der Auflage, sich von seinem langjährigen Direktor León Masengo im Exil zu trennen, wieder ausstrahlen. Viele Journalisten beklagen die starke Kontrolle der zuständigen Behörde für Kommunikation CNC auf die Sender und die ständige Gefahr, dass es erneut zu einer Schließung der Radiostationen kommt.

Ein Großteil der zivilgesellschaftlichen Elite, vor allen aus der Hauptstadt, und ca. 1/3 der burundischen Journalisten sind außer Landes geflüchtet. Die wenigen Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen vor Ort klagen darüber, allein gelassen zu sein. Die Situation köchelt vor sich hin und die internationale Aufmerksamkeit hat nachgelassen. Zwar ruft die Regierung ihre Mitbürger im Exil dazu auf, zurück zu kommen, gibt aber keine Garantie für Straffreiheit und Sicherheit. Viele Akteure der Zivilgesellschaft im Exil sind als „Volksverräter und Terroristen“ gebrandmarkt und befürchten verheerende Konsequenzen bei einer Rückkehr ins Land.

Entgegen dem Narrativ der Regierung, dass die geflüchteten Burunder zurück ins Land kommen würden, nimmt die Zahl der geflüchteten Personen in den Camps der Nachbarländer täglich zu. Das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen verzeichnet im Juni 2017 knapp 420 000 burundische Flüchtlinge in den Anrainerstaaten Burundis. Alleine der krisengeplagte Osten der DR Kongo verzeichnet einen Anstieg von mehr als 40 000 geflüchteter Burunder. Für die Flüchtlinge in Ruanda und der DR Kongo stehen zu wenig finanzielle Mittel und psychosoziale Betreuung zur Verfügung. Vor allem die Jugendlichen in den Camps sind enorm gefrustet und perspektivlos. Daher bilden sie ein großes Rekrutierungspotential für bewaffnete Gruppen. Ebenso soll die regierungsnahen Jugendmiliz Imbonerakure in den Flüchtlingslagern aktiv sein. Die Frage nach Sicherheit ist für die Burunder nicht nur im Land selbst, sondern auch in den Flüchtlingscamps relevant.

Gesine Ames